

# Freiheit für die Arbeit

Autor(en): **Baader, Roland**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **77 (1997)**

Heft 11

PDF erstellt am: **11.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-165802>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

**Roland Baader,**

Diplom-Volkswirt, Jahrgang 1940, studierte Nationalökonomie und Soziologie an den Universitäten Freiburg i. Br. und München. Von 1968 bis 1985 Industriemanager und Unternehmensleiter. Ab 1987 freier Autor.

Publikationen: «Kreide für den Wolf» und «Die Euro-Katastrophe» (als Herausgeber), «Die Enkel des Perikles» und «Wider die Wohlfahrtsdiktatur» sowie «Fauler Zauber. Schein und Wirklichkeit des Sozialstaates», alle im Resch Verlag, Gräfelfing.

## FREIHEIT FÜR DIE ARBEIT

*Wer über den Faktor «Arbeit» bestimmt, hat auch die Herrschaft über die Menschen, über weite Bereiche ihres Lebens und ihres Eigentums. Um so schlimmer, dass der demokratische – angeblich freie – Staat über beides das Regiment führt: über das Geld und über die Arbeit.*

Für die Mehrheit der Menschen ist Arbeit die einzige Zerstreung, die sie auf Dauer aushalten können.

DENNIS GABOR

Prinzipiell gibt es zwei Methoden der Herrschaft: Entweder man muss die Menschen selbst besitzen – also Sklaverei betreiben – oder über ihr ökonomisches Handeln verfügen. Im Feudalismus diente dem Herrschaftszweck das Eigentum am Boden in der Hand des Regenten und des Adels sowie (in Teilen) auch das Eigentum an den Untertanen, wengleich meist in subtileren Formen als der totalen Sklaverei. Im Sozialismus/Kommunismus war oder ist es das Eigentum an Boden und Kapital in der Hand der Nomenklatura (Volks- oder Gemeineigentum genannt), das besagten Zweck erfüllt.

In der modernen arbeitsteiligen Grossgesellschaft bedarf es zur politischen Machtausübung nicht mehr unbedingt des obrigkeitlichen Eigentums an den Produktionsfaktoren Boden und Kapital. Der Nationalsozialismus hat uns gelehrt, dass Herrschaft auch ohne Enteignung von Kapital und Boden total sein kann, wenn die Machtelite nur über die ökonomischen Handlungen und Entscheidungen der Untertanen – insbesondere über ihre Arbeitsleistung – verfügt, also wiederum subtilere Formen der Sklaverei ausübt. In der demokratischen – also angeblich freien – Gesellschaft der neuesten Zeit schliesslich, ist politische Herrschaft über die Menschen wiederum nur dann möglich, wenn die politische Kaste in relativ grossem Umfang in die ökonomischen Handlungen eingreifen und die entsprechenden Entscheidungen bestimmen oder lenken kann. In Abwesenheit des militärischen oder despotischen Befehls muss die Sklaverei hier *noch* verdecktere und raffinierter getarnte Formen annehmen.

### Das «Soziale» als Vorwand

Zur Begründung des dirigierenden und befehlenden Eingreifens der Obrigkeit in das Handeln der Menschen wählte der Nationalsozialismus militärische, nationalistische, rassistische Argumente. Diese stehen dem demokratischen Staat (derzeit jedenfalls) nicht zur Verfügung. Also bedarf die politische Machtausübung über die demokratische Gesellschaft einer anderen Legitimation – oder besser gesagt: eines anderen vorgeschobenen Arguments. Und dieses Argument ist das sogenannte «Soziale».

Wäre das «Soziale» aber auf das Karitative beschränkt, auf die – kollektiv einzulösende – Verpflichtung zur Hilfe für die Schwachen und Bedürftigen, so wäre das als Begründung für eine obrigkeitliche Verfügung über weite Lebensbereiche der Menschen (sprich: als Begründung für Herrschaft) nicht hinreichend. Niemand würden siebenundneunzig Prozent der Bevölkerung akzeptieren, dass über ihr Leben in erheblichem Umfang hoheitlich bestimmt werden soll, nur damit den restlichen drei Prozent geholfen werden könne. Es bedarf hier also anderer Proportionen. Perfekt wäre die legitimierende oder scheinlegitimierende Argumentation – und damit auch die Möglichkeit zur Ausübung herrschaftlicher Gewalt –, wenn die Sozialpolitiker einen Weg fänden, das umgekehrte Grössenverhältnis präsentieren zu können, wenn es ihr also gelingen würde, glaubhaft zu machen, dass siebenundneunzig Prozent der Bevölkerung hilfs- und unterstützungsbedürftig seien.

Um sieben- undneunzig Prozent vor der angeblichen Ausbeutung durch die restlichen drei Prozent zu schützen, müssen alle Arbeitnehmer in die Obhut der Staatsgewalt gegeben werden.

Genau das aber ist den Funktionären des Sozialstaates gelungen. Und zwar durch den einfachen Trick, kurzerhand alle Arbeitnehmer – und damit nahezu die gesamte Bevölkerung – zu einer schwerstbedrohten Gruppe zu erklären. Um diese siebenundneunzig Prozent vor der angeblichen Ausbeutung durch die restlichen drei Prozent zu schützen (die in etwa mit der Unternehmerschaft identisch sind), müssen alle Arbeitnehmer – also «die Arbeit» ganz generell – in die Obhut der Staatsgewalt gegeben werden.

Weil nun aber die Arbeit sprichwörtlich fast das ganze Leben ist, wird mit diesem Winkelzug zugleich auch das ganze Leben der Bürger den Interventionen des Staates ausgesetzt.

Der Sozialstaat wiederholt hierbei freilich nicht den ideologischen Kardinalfehler des real existierenden Sozialismus. Dem war nämlich – durch Entmachtung bzw. physische Vernichtung (im jeweiligen Binnenland jedenfalls) – der Klassenfeind abhanden gekommen, dem man den ökonomischen Niedergang hätte anlasten können. Statt die Kapitalisten verschwinden zu lassen und statt der Aneignung ihrer Produktionsmittel baut der demokratische Sozialstaat auf die «Soziale Marktwirtschaft». Hier braucht man sich unter dem Deckmantel des «Sozialen» nur die Verfügungsmacht über den Produktionsfaktor «Arbeit» zu verschaffen, um beides zugleich haben zu können: Die Herrschaft über die Menschen *und* allgegenwärtige Prügelknaben für das Versagen der Politik. Die Prügelknaben heissen, je nach Bedarf, einmal «Markt» oder «zügellose Marktwirtschaft», einmal «Kapitalismus» oder «Kapitalismus pur», «Unternehmer» oder «Skrupellose Profitgier der Konzerne».

### **Verfehlte staatliche Arbeitsplatzgarantie**

Einem sozioökonomischen System, das die Arbeit enteignet und kollektiviert, entspricht logisch konsequent ein simultan verkehrtes Verständnis dessen, was man «Recht auf Arbeit» nennt. Folgerichtig gestaltet sich das Phänomen «Arbeit» nunmehr als Anspruch eines jeden Erwachsenen an denjenigen, der über die Arbeit verfügt, nämlich an den Staat. Man wird in den «Sozialen Marktwirtschaften» nicht

ruhen, bevor nicht diese Form des «Rechts auf Arbeit» in den jeweiligen Verfassungen verankert sein wird – und sei es (vorläufig) nur als sogenanntes «Staatsziel». (Man erinnert sich an dieser Stelle an die *Hayeksche* Warnung, dass eine Gesellschaft unweigerlich fundamentalistisch und totalitär werden muss, wenn sie sich oder wenn man ihr ein anderes – hohes oder höchstes – Ziel setzt als allein die Freiheit.)

Auch die unausweichlichen Folgen einer staatlichen Arbeitsplatzgarantie, die am Beispiel der vormaligen DDR abzulesen waren, schrecken hierbei offensichtlich nicht. Das dort faktisch angewandte Modell «Arbeit für jeden» hatte notwendigerweise folgende Konsequenzen: den Staat als letztlich einzigen monopolistischen Arbeitgeber, Arbeitspflicht, Arbeitsleerlauf und vielfach sinnlose Tätigkeiten, Hungerlöhne, Einschränkung der Berufs- und Arbeitsplatzwahl, Proletarisierung des ganzen Lebens, Politisierung des beruflichen Fortkommens, Zwang zur Systemunterwürfigkeit, Parteibuchabhängigkeit der Bildungschancen und faktischer Arbeitszwang für alle Frauen – kurz: Arbeit um jeden Preis, auch um den Preis unermesslicher Umweltzerstörung, Zerfall der Institution Familie und letztlich Verarmung und Bankrott des Staates und der gesamten Bevölkerung.

Das Tariffkartell, das den deutschen Arbeitsmarkt heute bestimmt, ist im wesentlichen ein Kind des Ersten Weltkriegs und der nachfolgenden revolutionsartigen Umwälzungen. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände waren sich einig in der Übernahme bestimmter Aufgaben der vorübergehend ausgefallenen Staatsgewalt. Entscheidend war die Tarifvertragsordnung vom Dezember 1918. Von diesem Zeitpunkt an waren Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände keine privaten Vereinigungen mehr, sondern Quasilegislativen, deren Abmachungen unabdingbar wurden und hoheitlichen Zwangscharakter annahmen.

### **Unfähigkeit des Staates, Arbeit zu schaffen**

Weil der Markt – trotz aller politischen Verschleierungsversuche – die Menschen schon oft und immer wieder gelehrt hat, dass weder Staat noch Gewerkschaften dauerhaft Beschäftigung und (höhere)

Löhne schaffen oder sichern können, sieht sich das Machtmonopol aus Parteien und Syndikaten gezwungen, noch nach anderen, an der Realität weniger leicht falsifizierbaren Scheinlegitimierungen für seine Existenz Ausschau zu halten. Das beliebteste Argument ist, dass die Arbeit eine «ganz besondere Ware» sei, die weder einen Marktpreis haben könne noch den «kalten und seelenlosen Marktkräften» überlassen werden dürfe. Es möge ja sein, dass der Markt Arbeit für alle bieten könnte, aber eben nur zu den menschenverachtenden Bedingungen und zu den ausbeuterischen Preisen, die von den Profit-Kapitalisten festgesetzt würden. Deshalb bedürfe es der gemeinsamen Lenker- und Wächterfunktion des Staates und der Gewerkschaften; denn nur sie könnten, ausgestattet mit politischer Macht als Waffe gegen die ökonomische Macht der Kapitalisten, dafür sorgen, dass die Arbeit der Lohnabhängigen unter menschenwürdigen Bedingungen und zu anständigen Entgelten stattfinde.

In Wirklichkeit wird der Faktor «Arbeit» durch solche (ihn angeblich schützende) Macht nur machtloser, ja sogar nahezu ohnmächtig. Für die Arbeitnehmer ist es von grösster Bedeutung, Alternativen zu haben, also in andere Betriebe ausweichen zu können, wenn ihnen der jeweils angebotene Lohn oder die offerierten Arbeitsbedingungen nicht zusagen. Das stärkt – wie die Erfahrungen in den USA gezeigt haben – auch ihre Verhandlungsposition gegenüber den Arbeitgebern. Diese Ausweichmöglichkeiten sind allerdings um so geringer, je mehr Arbeitslosigkeit herrscht. Die von den Gewerkschaften im Namen der Arbeitnehmerinteressen erzeugte Arbeitslosigkeit trifft nicht nur die aus dem Arbeitsmarkt Hinausgedrängten, sondern bedeutet für Arbeitsuchende und Beschäftigte gleichermaßen Optionsverlust und verstärktes Ausgeliefertsein an die (im Verlauf der zunehmenden Arbeitslosigkeit notwendigerweise) immer weniger werdenden Beschäftigungsangebote der Unternehmen.

Wer die moralische Dimension sowie Aspekte der Menschenwürde in die beschäftigungspolitische Diskussion einführt, muss sich auch der umgekehrten Argumentation stellen: Diese Würde kann man nämlich kaum schwerwiegender ver-

letzen, als die Menschen kostbare Jahre ihrer Lebenszeit in Beschäftigungsgesellschaften zubringen zu lassen, wo sie sinnlose Tätigkeiten verrichten, die niemand zu ihrem wahren Preis nachfragen würde, wie etwa die Bergleute, die einer schweren und gefährlichen Arbeit auf Kosten der Steuerzahler nachgehen, um Kohle zu fördern, für die keine echte Nachfrage besteht.

### Blockierte produktive Erneuerung

Je länger der Prozess der permanenten und letztlich unvermeidlichen «schöpferischen Zerstörung» (Joseph Schumpeter) einerseits und der innovativen und produktiven Erneuerung des physischen und des immateriellen (also Human-)Kapitals andererseits hinausgeschoben und hinter den Barrieren falscher Schutzvorstellungen verhindert wird, desto weniger revidierbar werden die Zerfallserscheinungen. Irgendwann gibt es zur totalen Sklerose und zur vollständigen Wertlosigkeit – auch des Humankapitals – keine Alternative mehr. Wenigstens das sollten wir aus der tragischen Fehlentwicklung des vormaligen Ostblocks gelernt haben. (Die Sowjetunion mit ihren Millionenheeren von geschulten Technikern, Ingenieuren, Wissenschaftlern und «Helden der Arbeit» aller Art hatte gewiss ein gewaltiges Humankapital aufgebaut. Aber es wurde zunehmend wertlos und ist heute fast gänzlich unbrauchbar, weil es nicht auf offenen wettbewerblichen Märkten den formenden und zur ständigen Renovierung zwingenden Kräften der Konsumentenwünsche im In- und Ausland ausgesetzt war).

Irgendwann  
gibt es zur  
totalen Sklerose  
und zur  
vollständigen  
Wertlosigkeit –  
auch des  
Humankapitals –  
keine Alternative  
mehr.

Umstrittene Sanierung  
der Arbeitslosenversicherung.  
Quelle: Weltwoche





